



Kreative Radiolandschaft im Schatten des Medienmonopols

Brasilien ist ein Radioland. So groß und vielgestaltig wie seine Medienlandschaft, so unübersichtlich und hindernisreich sind die Voraussetzungen, um dort auf Sendung zu gehen. Bis heute dominiert ein kommerzielles Radio-Oligopol den Äther. Doch wer sich die Mühe macht, ein bisschen zu suchen, stößt schnell auf eine große Anzahl partizipativer Sender. Ihre Versuche, das Recht auf Kommunikation praktisch einzulösen, folgen nicht einem einheitlichen Modell. Vielmehr ist jedes Radio Ausdruck unterschiedlicher Erfahrungen, Kämpfe und Träume. Diese in ein neues Mediengesetz einfließen zu lassen, ist die derzeit spannendste Aufgabe der brasilianischen Radiobewegung.

Mächtige Medien-Oligopole

Die Massenmedien in Brasilien sind eine wirtschaftlich starke Branche, finanziell gut ausgestattet und politisch sehr einflussreich. Das wichtigste Medium ist das Fernsehen, vor allem Sender, die kostenlos per Antenne zu empfangen sind. Auch dem Hörfunk kommt in dem riesigen Flächenstaat eine große Bedeutung zu, es existieren rund 30.000 Radiosender unterschiedlicher Größenordnung. Aufgrund der höheren Kosten und der unzureichenden Bildung breiter Bevölkerungsschichten sind die Printmedien und Kabel- bzw. Satellitenfernsehen weniger verbreitet.

Die Aufteilung des Mediensektors ist extrem ungleich. Geographisch dominieren die beiden südlichen Metropolen Rio de Janeiro und São Paulo. Die dort produzierten Programme, ihre Sichtweisen und kulturelle Ausprägung bestimmen das Medienangebot im gesamten Land. Noch bedeutender ist die Konzentration der Medien in Händen weniger Unternehmen. Sieben Familien und ihre Aktiengesellschaften kontrollieren über 80 Prozent des Medienmarktes. Allen voran das

Netzwerk „Globo“, das mit 113 Sendern einen Marktanteil von 56 Prozent innehat und 75 Prozent der Werbeeinnahmen auf sich vereinigt.

Die Herausbildung dieses kommerziellen Medien-Oligopols ist auf eine Gesetzgebung zurückzuführen, die weder der Eigentumskonzentration noch crossmedialen Besitztiteln einen Riegel vorschiebt. Die Verfassung von 1988 sieht in mehreren Artikeln vor, diese Gesetzeslücken zu schließen. Doch der Kongress, beeinflusst von den Lobbyisten der Medienbranche, hat diese Vorgaben bis heute

BRASILIEN

- Mit geschätzten 206 Millionen Einwohner_innen ist Brasilien das bevölkerungsreichste Land Lateinamerikas.
- Einkommen ist extrem ungleich verteilt. Die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung sind mit weniger als einem Prozent am Gesamteinkommen beteiligt, während die reichsten zehn Prozent über die Hälfte aller Einkünfte auf sich vereinen.
- Die gesellschaftliche Diskriminierung zeigt sich am Bildungsstand schwarzer und weißer Brasilianer_innen. Die Hälfte aller Weißen zwischen 18-24 Jahren besuchen ein College oder eine Universität, bei gleichaltrigen Schwarzen sind es weniger als 20 Prozent.

nicht in Gesetzesform gegossen, sodass nach wie vor eine Handvoll privater Medienkonzerne fast alleine die öffentliche Meinungsbildung prägt.

Die wenigen staatlichen, schlecht ausgestatteten Sender spielten im Medienangebot stets eine Nebenrolle. Erst die Gründung des staatlichen Medienunternehmens EBC (*Empresa Brasileira de Comunicação*) unter der Regierung von Präsident Lula da Silva im Jahr 2004 führte zu einer Aufwertung des nicht-kommerziellen Rundfunks. So könnte der landesweite Fernsehkanal *TV Brasil* in Zukunft eine erste Alternative zum privaten Fernsehangebot werden. Konzipiert als öffentliches Medium, sind die Sender und Informationsangebote der EBC jedoch recht großem Einfluss seitens der Regierung ausgesetzt.

Ungleich schwieriger ist die Lage der nicht-kommerziellen Medien. Vor allem Community Radios oder partizipative TV-Sender haben trotz eines potentiell großen Publikums kaum Überlebenschancen. Die Gesetzgebung ist für die kleinen Sender derart restriktiv, dass die Radios vom Großteil der Bevölkerung nicht einmal wahrgenommen werden.

Flickenteppich Mediengesetz

Der Anspruch des Staates, elektronische Medien zu kontrollieren, zeichnet sich bereits im 19. Jahrhundert ab. Schon 1860 wurde ein kaiserliches Dekret zur Regulierung der Telegraphie erlassen, das in republikanischen Zeiten dann auf die sogenannte „Radiotelegraphie“ ausgeweitet wurde. Die 1924 aufgestellten, speziellen Regeln für Radiowerbung fanden ihre Fortsetzung in einer immer stärkeren Kontrolle politischer Inhalte. Die Sender klagten fortwährend über Zensur und Willkür bei der Lizenzvergabe. Der Vorläufer des heutigen Lobbyverbands kommerzieller Sender Abert schaffte es erst 1962, dem Staat ein verbindliches Telekommunikationsgesetz abzurufen, das Rechtssicherheit garantieren sollte.

Zwei Jahre später begrub ein Militärputsch die damit verbundenen Hoffnungen. Zensur wurde von den Regierenden als notwendiges Mittel für nationale Entwicklung und Sicherheit betrachtet. Die Einschüchterung und Verfolgung kritischer

Radiomachender war an der Tagesordnung. Zuden Gewinnern der 20 Jahre andauernden Diktatur in Brasilien zählte dagegen die Mediengruppe „Globo“, die durch ihre guten Kontakte zur Militärjunta zu Lateinamerikas größtem Mediennetzwerk aufsteigen konnte. Und noch bevor das Land mit der Verfassung von 1988 eine rechtsstaatliche Demokratie wurde, die Rundfunk seither als ein „öffentliches Gut“ definiert, verdreifachte der damalige Übergangspräsident José Sarney die bestehenden Lizenzen kommerzieller Sender. Nicht wenige der über 1.000 neuen Konzessionen sollen als „Tauschpfand für politische Gefälligkeiten“ vergeben worden sein, resümiert der brasilianische Politikwissenschaftler Vinício de Lima.

Die „elektronischen Großgrundbesitzer“ verteidigen ihre Lizenzen seither erfolgreich gegen rechtliche Veränderungen. Der Rundfunkbereich wurde per Definition von der wettbewerbsorientierten Reform des Telekommunikationsgesetzes 1997 ausgenommen und das Übergewicht kommerzieller Sender gefestigt. Damit ist es bis heute unmöglich, die verfassungsrechtliche geforderte „vergleichbare Nutzung“ der verfügbaren Radiofrequenzen durch kommerzielle, staatliche und



öffentliche Sender zu gewährleisten und eine Dezentralisierung der Mediengesetze einzuleiten.

Um die praktische Ausübung der Meinungs- und Kommunikationsfreiheit im Rundfunk zu stärken, forderten in Brasilien zu Beginn der 1990er Jahre unabhängige Radiomachende die Legalisierung aller nicht-kommerziellen und nicht-genehmigten Radiosender, deren Anzahl bis dato in einer gesetzlichen Grauzone bereits auf mehrere Tausend angewachsen war. Nach jahrelangen zähen Verhandlungen gewährt seit 1998 ein Gesetz für Community Radios lokalen Gemeinschaften, eine Sendegenehmigung zu beantragen. Diese werbefreien Lokalsender sind auf eine maximale Reichweite von einem Kilometer beschränkt (25 Watt), müssen als Stiftungen oder Vereine organisiert sein und der Gemeinschaft dienen, indem sie unter Einbezug aller Interessierten einen Bildungs- und Informationsbeitrag leisten.

Auch wenn heute mehr als 4.000 Community Radios eine Genehmigung erhalten haben, reißt die Kritik an den kommunikativen Spielregeln nicht ab. Bis zu zehn Jahre vergehen mitunter von der Antragstellung bis zur Vergabe einer Genehmigung. Auch wenn das Kommunikationsministerium seit dem Jahr 2011 mit jährlichen Genehmigungsplänen nach eigenen Angaben „die Vergabe



„Seit der Ankunft des Radios in Brasilien will die Bevölkerung Zugang zu diesem Medien haben. Aber die Großgrundbesitzer des Rundfunks erlauben es nicht. Und die aufeinander folgenden Regierungen tragen aus Angst vor diesen Latifundisten dazu bei, dass alles so bleibt wie es immer war.“
Dioclécio Luz, Autor und Radiomacher

dynamisieren und transparenter gestalten“ will, ist längst nicht Platz für alle, die senden wollen.

Raus aus dem Piratenrastrer

Die gesetzliche Interpretation von Community Radio ist mitnichten das einzige Modell partizipativen Radiomachens in Brasilien. Selbst der weite Begriff Community Radio wird den unterschiedlichen Praktiken nicht gerecht, die auf eine verzweigte Geschichte zurückgehen. Einen wichtigen Anknüpfungspunkt bilden dabei zunächst die frühen Radioclubs der 1920er Jahre, deren Ziel es war, Radio als kulturstiftendes Instrument einzusetzen. Auch die Arbeit der bis zum Militärputsch sehr erfolgreichen, an der Befreiungstheologie orientierten Radioschulen der 1960er Jahre wirken bis heute nach. Sie hatten den Anspruch, nicht nur Bildung zu liefern, sondern auch mündige Bürger_innen zu schaffen. Den wohl wichtigsten Anstoß zu einer weit verbreiteten Nutzung lieferten schließlich die Sender von Funkamateuren und Studierenden seit Beginn der 1980er Jahre. Unvergessen ist bis heute die spontane Frequenzbesetzung in der Kleinstadt Sorocaba im Bundesstaat São Paulo, wo zwischen 1981 und 1983 „einige bekiffte Rocker [und] Jugendliche, ermüdet vom ewig gleichen Sound der offiziellen UKWs“ über 40 Sender bauten und auf Sendung gingen, wie das Buch „Freie Radios. Agrarreform in der Luft“ dokumentiert. Am Interesse einer populären Aneignung des Radiomediums hat es nie gemangelt, und auch nicht an Gegner_innen, die nicht müde werden, partizipatives Radiomachen pauschal als Piratensender zu diskreditieren.

Seitens der Aktivist_innen werden in Brasilien heute zwei Modelle partizipativen Radiomachens diskutiert. Unter dem Begriff Freie Radios versammelten sich schon vor 30 Jahren alle, die das staatliche Rundfunkmonopol herausforderten und bereits vor der Legalisierungsbewegung der Community Radios Frequenzen besetzten. Noch heute halten ungefähr 20 Sender an der Prämisse fest, unter den aktuellen Bedingungen keine Lizenzen zu beantragen. Vielmehr fordern sie den Staat dazu auf, die Rundfunkregulierung zu weiten Teilen einer zivilgesellschaftlichen Konsensfindung zu übertragen. Staatlich reguliert würde – ganz im Sinne der Verfassung – nur im

begründeten Ausnahmefall. Am häufigsten organisieren sich Freie Radios auf Universitätsgeländen, wie beispielsweise „*Rádio Muda*“ in Campinas, das seit Ende der 1980er Jahre auf Sendung ist. Aber auch in besetzten Fabriken oder unabhängigen Kulturzentren finden die Freien Radios mitunter eine Nische für ihre autonome Praxis.

Die große Mehrheit partizipativer Radios bezeichnet sich dagegen als Community Radios, meinen damit aber nicht immer dasselbe. Denn entscheidend ist, auf was sich das Attribut „Community“ im einzelnen bezieht. Sowohl das Gesetz als auch der größte brasilianische Community-Radioverband ABRACO (*Associação Brasileira de Radiodifusão Comunitária*), dem über 2.000 Sender angehören, beschreiben *comunidade* zunächst als eine feste geographische Größe, der jeweils das Recht auf einen Radiosender zukommt. Pluralität drückt sich dann darin aus, dass alle interessierten Bewohner_innen der Community Zugang zum Sender haben und demokratisch entscheiden, wer wie viel Sendezeit bekommt.

Mit dieser terrestrischen Vorstellung von Community Radio konkurriert ein zweites Modell, das Community eher als eine Gruppe von Menschen – beispielsweise Indigene, Transsexuelle oder Migrant_innen - betrachtet, die sich als Gemeinschaft verstehen und davon das kommunikative Recht ableiten, Radio zu machen. Weltweiter Fürsprecher eines solchen Verständnisses von Community Radio ist der Dachverband AMARC (*Associação Mundial de Rádios Comunitárias*), der in Brasilien 50 Mitglieder hat.

Ob alle Sender, die sich in Brasilien Community Radio nennen, solchen oder ähnlichen Ansätzen von gemeinschaftlicher Pluralität folgen, ist schwer zu sagen. Das Frauenradiokollektiv „*Centro das Mulheres do Cabo*“ aus dem Nordosten Brasiliens beispielsweise kritisiert seit Jahren, dass attraktive Sendeplätze oftmals an Politiker_innen oder evangelikale Freikirchen verkauft würden. Beide Gruppen sind außerdem dafür bekannt, Community Radios zu gründen, um sie instrumentell für ihre Überzeugungsarbeit zu nutzen. So klagt zum Beispiel „*Rádio Amnésia*“, ein Freies Radio der afrobrasilianischen Community im pernambucanischen Olinda, über die aggressive Hetze

evangelikaler Prediger. Doch auch wenn Verbände wie ABRACO oder AMARC sich öffentlich gegen religiöse Missionierung im Radio aussprechen, stellen gerade die „Gospelsender“ das heute am schnellsten wachsende Segment der Rundfunklandschaft dar.

Von der Radiotheorie zur Praxis

Wie sich der eigene Anspruch, freies Radio zu machen oder mit und für eine Community zu senden, am besten in eine alltägliche Praxis übersetzen lässt, führt seitens der Aktivist_innen immer wieder zu spannenden Kontroversen. Das fängt bereits bei der Frage an, wie die gemeinsame Entscheidungsfindung im Idealfall ablaufen sollte. Denn entscheidet bei inhaltlichen Debatten einfach die Mehrheit, was Programm sein darf, dann sind auch im partizipativen Radio die Rechte von Minderheiten gefährdet.



Ein klassisches, wiederkehrendes Beispiel sind Hip-Hop Djs und Mcs, die mit provokanten Texten oft den normativen Konsens eines Radios (z.B. kein Sexismus) unterlaufen. Während in manchen Sendern per Abstimmung mehrheitlich unerwünschte Programmierer_innen ausgeschlossen werden, zielen vor allem Freie Radios darauf ab, im Fall von Konflikten einvernehmliche Lösungen zu finden.

Ein solches Vorgehen fällt den Freien Sendern leicht, da sie sich entgegen den meisten Community Radios in ihrer Praxis nicht an einem Katalog fester Normen orientieren. Statt einheitlicher

Ziele, Haltungen und Praktiken wird Radiomachen eher als die Etablierung eines medialen Raums verstanden, in dem von einigen wenigen No-Gos abgesehen erst einmal alles erlaubt ist, um das freie Äußern einer Meinung zu erlernen und praktizieren.

Community Radios verfolgen dagegen oft ein umgekehrte Strategie. Für die Einlösung der gesetzlichen oder eigener Normen partizipativen Radiomachens werden bekannte Radioformate wie Nachrichten, Magazinsendung, moderierte Musik- oder call-in-Sendungen angeeignet. Ziel ist immer auch die Weitergabe von best practices. So arbeitet AMARC Brasilien beispielsweise mit dem Konzept „paradigmatischer Sender“, die besonders erfolgreich die eigene Radiovision umsetzen. ABRACO hingegen suchte sich Unterstützung bei dem staatlichen Medienunternehmen EBC und führte im Jahr 2010 landesweite Schulungen mit über 700 Radios durch, auf denen eine Journalistin der EBC in eine professionelle Radiopraxis einführte.

Die Professionalisierung oder der bewusste Verzicht darauf schlägt sich auch in der Organisation der einzelnen Sender nieder. Während einige Radios die gesetzlich vorgesehene Struktur mit Vereinsvorstand und Sendeleitung übernehmen, widersetzen sich viele Community Radios diesen Vorgaben. Ebenfalls unterschiedlich stark institutionalisiert ist die Geschlechtergleichheit. Obwohl das innerhalb von AMARC organisierte Frauennetzwerk beständig für eine Repräsentanz weiblicher Entscheidungsträgerinnen eintritt und ABRACO bei Radiotreffen eine quotierte Frauenbeteiligung von 30 Prozent eingeführt hat, ist der überwiegende Teil der Radiomachenden nach wie vor männlich. „Frauen haben vor allem in ihren Rollen als Mütter oftmals keine Zeit mehr, sich aktiv im Radio zu beteiligen“, kritisiert Denise Viola vom Frauennetzwerk. Eine Aktivistin von „Rádio Muda“ hingegen erzählt, dass auch in Freien Sendern die „Technik in Männerhand bleibt und damit auch in hierarchiefernen Räumen geschlechtsspezifische Machtstrukturen erhalten bleiben“.

Kritisches Korrektiv oder Sprachrohr?

Das Verhältnis partizipativer Radios gegenüber sozialen Bewegungen und ihre Rolle in sozialen Kämpfen wird in Brasilien oft entlang der Frage diskutiert, ob Radios dazu verpflichtet sind, sich als Mittel für die kommunikativen Bedürfnisse sozialer Bewegungen oder progressiver politischer Parteien zur Verfügung zu stellen. Ein Blick auf Annäherungsversuche an die Landlosenbewegung MST (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*) illustriert das Dilemma, indem sich die Sender befinden, wenn sie versuchen, darauf eine Antwort zu geben. Denn obwohl es in den Landlosencamps durchaus Bedarf und Interesse an partizipativen Radios gebe, „hegen ihre Kader oft Misstrauen, gegenüber Radiosendern, da diese nicht mit den vertikalen Strukturen des MST harmonisieren“, analysiert Jerry de Oliveira von ABRACO.

Die Kooperation zwischen partizipativen Radios und sozialen Bewegungen ist also nicht bedingungslos. Strittig bleibt, wann strategische Allianzen mit Gewerkschaften oder gesellschaftlichen Bündnissen – so wie beispielsweise während der Korruptionskrise der Regierung 2005, als viele Sender Präsident Lula da Silva offen unterstützten – gerechtfertigt sind. Befürworter_innen



„Experimente und Wiederentdeckungen. Das Wichtige im Radio ist, neue Beziehungen zu entwickeln. Selbst wenn die Dinge anfangs schlecht funktionieren, geht es darum, von dieser Erfahrung aus gemeinsame Möglichkeiten zu erarbeiten.“ Rafael Diniz, *Rádio Muda*

verweisen dabei auf die Verpflichtung, die partizipative Radios als Teil einer breiten gegenhegemonialen Bewegung hätten. Gegner_innen wie beispielsweise das Netzwerk Freier Radios Rizoma sprechen sich „gegen eine instrumentelle Vereinnahmung freier Medien“ aus.

Diese Kontroverse setzt sich fort, wenn es darum geht, die Rolle der Radios gegenüber linken Parteien wie der regierenden Arbeiterpartei PT zu bestimmen. So beteiligten sich beispielsweise zahlreiche Community Radios an der Wahlkampagne der amtierenden Präsidentin Dilma Rousseff. Während einige Radioverbände traditionell enge Kontakte zur PT oder anderen „linken“ Parteien unterhalten (Bspw. Viva Rio, ABRACO), üben andere kritische Distanz (AMARC) bzw. sehen in repräsentativer Demokratie sogar ein gewichtiges Hindernis bei der vollständigen Erlangung der Meinungsfreiheit (Rizoma).

Community Radio ist kein Verbrechen

Unter dem Titel „Community Radio ist kein Verbrechen“ brachte der Bundespolizist Armando Coelho Neto in einem Buch bereits vor zehn Jahren seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass Ordnungshüter zur gewaltsamen Schließung von partizipativen Radios eingesetzt werden. Doch auch wenn erst kürzlich das regionale Bundesgericht von Sergipe das Senden ohne Genehmigung als Ordnungswidrigkeit – und nicht mehr als Verbrechen – definierte, ist diese Auffassung bis heute minoritär. Jährlich werden in Brasilien hunderte Radiosender geschlossen, das Sendeequipment konfisziert oder zerstört. Radiomachende

berichten immer wieder vom „robusten Vorgehen“ der von der Regulierungsbehörde Anatel alarmierten Bundespolizei.

Die Regulierungsbehörde Anatel reagiert mit ihren Einsätzen zumeist auf Anzeigen von kommerziellen Radiosendern, die sich in ihren Sendeaktivitäten belästigt fühlen. Ob die Anschuldigungen gerechtfertigt sind, wird im einzelnen dann nicht weiter geprüft, da ja bereits das Senden als solches als Straftat gewertet wird. Während viele partizipative Radiomachende mit dem Regierungsbeginn der Arbeiterpartei 2003 ein Umdenken der regulierenden Behörde erwarteten, nahm die Verfolgung weiter zu. Allein im ersten Regierungsjahr von Lula da Silva 2003 wurden über 4.400 Radios geschlossen, im Vorjahr waren es „nur“ 2.750. Die Repression zeigt Wirkung: Im Jahr 2011 sank laut Anatel die Zahl der geschlossenen Radio- und Fernsehsender auf knapp 750.

Lieber korrupt als mittellos?

Es ist ausgesprochen schwierig, partizipative Radiosender zu finanzieren. Den Freien Radios stehen mangels eines legalen Status' keinerlei offizielle Mittel zu, sie finanzieren sich fast ausschließlich über ehrenamtliches Engagement und Unterstützung aus dem universitären Umfeld. Ähnlich ist die Lage von (noch) nicht legalisierten Community Radios. Allerdings können diese oft auf eine breite Unterstützung ihrer Gemeinde zählen, der sehr schnell bewusst wird, wie wichtig ein solches Radio im Alltag sein kann.

Aber auch bei den legalisierten Community Radios sieht es nicht viel besser aus. Das Gesetz von 1998 verbietet ihnen, sich durch Werbung zu finanzieren. Die einzige Ausnahme sind kurze Werbespots, die von Geschäften oder Einrichtungen bezahlt werden, die innerhalb des auf einen Kilometer eingeschränkten Senderadius ansässig sind. Diese Art Werbung reicht jedoch bei weitem nicht aus, um einen regelmäßigen Sendebetrieb und ein attraktives Programm zu gestalten. Denn im Vergleich zu den vielen evangelikalischen Gospelprogrammen sind Nachrichten und Hintergrundbeiträge aufwendiger zu produzieren. Und künftig könnten die Kosten nochmals steigen, wenn die Rechteverwerter der Musikindustrie Erfolg mit ihrer Forderung



haben sollten, auch bei kleinen Gemeindesendern abzukassieren. Um die leeren Kassen etwas aufzubessern, versuchen Sender nicht selten, die Werbebeschränkungen zu umgehen, begeben sich in die Hände eines Mäzens oder verkaufen gleich ihre Sendezeit. So entstehen politisch abhängige Radios oder Kommerzsender, die neben ihrem eigenen Programm auch die Community Radios als solche in Misskredit bringen.

Der chronische Geldmangel der Community Radios, die meist in ärmeren Stadtteilen oder in ländlichen Gegenden agieren, ist ein wichtiger Grund für die oft mangelnde Qualität der Sendeangebote. Es fehlt an Weiterbildung, journalistischem Handwerkszeug und technischer Ausstattung. Zwar kann Radio auch mit wenig Mitteln und viel Eigeninitiative gemacht werden, doch je nach Ausrichtung des Programms sind enge Grenzen gesetzt.

Radios im Zeitalter von Nullen und Einsen

Fast jeder dritte Haushalt in Brasilien hat heute Internetzugang. Auch beim alltäglichen Radiomachen dient das Internet vielen Stationen zur Recherche. Die Moderator_innen suchen auf Medienportalen ständig nach aktuellen Nachrichten. In „*Rádio Santa Marta*“ zum Beispiel klicken sich die Macher_innen des Morgenmagazins unentwegt durch eine Vielzahl von Seiten, teilen ihren Hörer_innen mit, an welchen Stränden Rios die Wasserqualität gerade gut ist, schildern detailliert einen Verkehrsunfall vom Vortag oder lesen die neuesten Meldungen von Nachrichtenagenturen – darunter auch jene von *Pulsar Brasil*, dem Informationsdienst von AMARC.

Zusätzlich übertragen immer mehr Sender ihr Programm auch live im Internet. Während die Freien Radios von Rizoma dafür ihren eigenen Streaming Server organisieren, müssen Community Radios oftmals auf kommerzielle Dienstleister_innen zurückgreifen. Der Aufwand und die Ausgaben seien dennoch lohnend, da sich die Reichweite eines Senders im Netz unwahrscheinlich vergrößere, erzählen die Mitarbeiter_innen von „*Rádio Heliópolis*“ in São Paulo, die schon seit mehreren Jahren online sind. Neben neugierigen Radioenthusiasten aus aller Welt würden vor allem

Migrant_innen auf diese Weise „Kontakt zu ihren Wurzeln halten“. Mitunter werden zwischen einzelnen Sendern auch gemeinsame Programme im Netz organisiert, so zum Beispiel die alljährlichen Sendungen des Frauennetzwerks von AMARC am 8. März.

Schließlich nutzen die Sender das Internet auch für die interne Kommunikation und Vernetzung sowie den Austausch von Audiomaterial. Auf der Website von *Radiotube* posten viele Community Radios inzwischen regelmäßig ihre Programme, die dann von anderen Radios übernommen werden. *Pulsar Brasil (Comunidade em Rede)*, aber auch *ABRACO (Jornal dos Trabalhadores)* bieten zudem regelmäßig Magazinsendungen an, die viele Sender in ihr Programm integrieren.



Radio wird nicht nur im Internet in Nullen und Einsen übersetzt. Auch die geplante Digitalisierung der terrestrischen Signalübertragungen schlägt inzwischen Wellen. Bis Ende 2012 will die brasilianische Regierung bekannt geben, welcher technische Standard die Grundlage für Digitalradio bilden soll. Auch wenn die praktische Nutzung noch Zukunftsmusik ist, beteiligen sich Freie und Community Radios an der Debatte. Denn die Wahl der technischen Standards heute könnte morgen neue Ausschlüsse schaffen – zum Beispiel wegen der hohen Kosten für das Sendeequipment und dem größeren organisatorischen Aufwand.

Von der Presse- zur Meinungsfreiheit

Kaum ein Thema wird in Brasilien so kontrovers diskutiert wie die Kommunikation, und das, obwohl die Massenmedien sich nach wie vor weigern, sich dieser Debatte zu stellen. Erst vor wenigen Jahren schaffte es ein Bündnis kritischer Journalist_innen, Gewerkschaften, alternativer Medien und Radionetzwerken unter Führung des

Forums für die Demokratisierung der Kommunikation, die Problematik auf die Tagesordnung zu setzen. Es gelang, im Jahr 2009 eine Nationale Kommunikationskonferenz einzuberufen. Wie bei diesen Konferenzen üblich, waren neben Fachleuten die Organisationen der Zivilgesellschaft, die staatlichen bzw. öffentlichen Medien sowie der Privatsektor eingeladen. Letzterer boykottierte unter der Führung von Abert und den *Globo*-Medien mehrheitlich die Konferenz. Dennoch gelang es, viele Forderungen rund um das umfassende Thema „Demokratisierung der Kommunikation“ zu verabschieden. Diese sind zwar nicht rechtlich verbindlich, aber eine wichtige Orientierung für die politischen Mandatsträger_innen.

Die breite Themenpalette reichte vom Jugendschutz in TV-Programmen über journalistische Ethik bis hin zu Maßnahmen gegen monopolistische Tendenzen im Mediensektor. Zentrale Forderungen der Kommunikationsbewegung waren besonders umstritten, darunter die Schaffung unabhängiger Kontrollinstanzen für die angestrebte Regulierung der Branche und die Ansicht, neben der Meinungsfreiheit auch den Zugang zu Medien als Menschenrecht zu definieren.

Was für die Bewegung ein Erfolg war, kommentierten die Massenmedien fast unisono als Versuch, die Pressefreiheit im Land zu beenden. Jegliche Art der Regulierung wird seitens der kommerziellen Medien abgelehnt. Das Argument, dass in allen funktionierenden parlamentarischen Demokratien gerade dieser Sektor scharf beobachtet und besonderen Kontrollgesetzen unterliegt, wird ignoriert.

Die PT-Regierung, die zwar immer wieder die einseitige Medienberichterstattung moniert, aber bislang keine Maßnahmen zur Veränderung des Status Quo vorangetrieben hat, kündigte 2010 an, die Rahmengesetzgebung im Medienbereich zu reformieren. Es geht insbesondere um das Gesetz von 1962, das den heutigen Ansprüchen einer vielfältigen und digitalen Medienwelt nicht mehr gerecht wird.

Den fünfzigsten Jahrestag der Verabschiedung dieses Telekommunikationsgesetzes nahm die medienkritische Bewegung Ende August 2012

zum Anlass, eine landesweite Kampagne zur Demokratisierung des Sektors auszurufen. Als Grundlage für eine demokratische Entwicklung wird das Recht auf Kommunikation eingefordert. In erster Linie geht es darum, Verfassungsartikel zu formulieren, die die Macht kommerzieller Medien beschneiden und damit ein breiteres Medienangebot ermöglichen. Zudem fordern die Aktivist_innen eine größere Teilhabe der Zivilgesellschaft an der Formulierung des neuen Rahmengesetzes.



Die Netzwerke der partizipativen Radios unterstützen diesen Prozess intensiv, da jegliche rechtliche Verbesserung die Existenzbedingungen der kleinen Sender erleichtern würde. ABRACO setzt eher auf Realpolitik und sieht lediglich vor, das bestehende Community Radio-Gesetz zu modifizieren - mehr Sendeleistung und bis zu drei Frequenzen pro Gemeinde werden gefordert. AMARC wiederum setzt sich für eine grundsätzliche Gleichstellung der Community Radios ein. Die Sendeleistung solle von den Bedürfnissen bestimmt und die verfügbaren Frequenzen dreigeteilt werden. Dieses Prinzip einer gerechten Dreiteilung zwischen kommerziellen, staatlich/öffentlichen und partizipativen Sendern ist mittlerweile in den Mediengesetzen von Ländern wie Argentinien, Uruguay und Ecuador vorgesehen und wird auch seitens der Sonderberichtersteller für Kommunikation der UNO und der Organisation Amerikanischer Staaten vertreten.

Infosammlung

Ausgewählte Community Radios

Rádio Amnésia:
www.culturadigital.br/amnesia

Centro das Mulheres do Cabo:
www.mulheresdocabo.org.br

Rádio Heliópolis:
www.heliopolisfm.com.br

Rádio Muda:
<http://muda.radiolivres.org>

Rádio Santa Marta:
www.radiosantamarta.com.br

Verbände, Netzwerke und Medienportale

Verband der Community Radios
AMARC Brasilien:
www.amarcbrasil.org

Verband der Community Radios ABRACO:
www.abraconacional.org

Frauenetzwerk AMARC Brasilien:
www.rededemulheres.amarcbrasil.org/rede-de-mulheres-amarc-brasil

Kampagne für ein neues Mediengesetz:
www.paraexpressaraliberdade.org.br

Forum für die Demokratisierung der Medien:
www.fndc.org.br

Observatorium des Rechts auf Kommunikation:
www.direitoacomunicacao.org.br

Brasilianisches Medienobservatorium:
www.observatoriodaimprensa.com.br

Intervozes – Brasilianisches Kollektiv für soziale Kommunikation:
www.intervozes.org.br

Nachrichtenagentur Pulsar Brasil:
www.brasil.agenciapulsar.org

Verbände, Netzwerke und Medienportale

Nachrichtenprogramm „Jornal dos Trabalhadores“ von ABRACO: www.abracors.org.br/jornal

Audiportal der brasilianischen Community Radios: www.radiotube.org.br

Filme

„Rádio Favela“: <http://tinyurl.com/axb9s8b>

„Deus e o Diabo“: <http://tinyurl.com/cjbcnma>

Radiobeiträge

Feature „Offenes Spektrum oder vom Menschenrecht auf Kommunikation“, Nachrichtenpool Lateinamerika
www.npla.de/de/onda/content/1099

Brasilien: Vom Menschenrecht auf Kommunikation, onda-info 272 Spezial, Nachrichtenpool Lateinamerika
www.npla.de/onda/content/1204

Texte und Artikel

COELHO NETO, Armando. 2002. Rádio Comunitária não é crime.

DE LIMA, Venício A./AGUIAR LOPES, Cristiano. 2007. Coronelismo eletrônico de novo tipo (1999-2004).

MACHADO, Arlindo/MAGRI, Caio/MASAGÃO, Marcelo. 1987. Rádios Livres. A reforma agrária no ar.

BROCK, Nils. 2012. „Der Teufel im Detail. Eine genealogische Spurensuche zur Legitimation unabhängiger Radios in Brasilien“. In: BRUCHMANN et.al. (eds.) 2012. Medien und Demokratie in Lateinamerika, S. 154-176.

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V. Köpenicker Str. 187/188, 10997 Berlin

E-Mail: info@npla.de

Internet: www.npla.de

Spendenkonto: Volksbank Berlin, Kontonr.: 7196 7040 05, BLZ: 100 900 00

Autoren: Nils Brock und Andreas Behn

Fotos: Nils Brock (Seite 1,3,4,5), AMARC Brasilien (Seite 8); Graphiken: Rizoma

Redaktion und Gestaltung: Kristin Gebhardt

Oktober 2012



Mit Unterstützung von

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und BMZ

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

